



Ansprechpartner/in Dirk Lüder  
Telefon 02429-940041  
Telefax 02429-940085  
E-Mail dirk.lueder@wald-und-holz.nrw.de

Datum 14.01.2019  
Aktenzeichen (bei Rückfragen bitte angeben!)  
300-11-04.002

---

## Öffentliche Bekanntmachung

**Allgemeine Vorprüfung mit dem Ergebnis, dass keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden muss.**

Der nachstehend aufgeführte Antrag zur Erstaufforstung von Wald ist dem Regionalforstamt Rureifel-Jülicher Börde zur Genehmigung vorgelegt worden:

### Antrag auf Erstaufforstung

**in der Gemeinde:** Gemeinde Jülich  
**Gemarkung:** Jülich  
**zur Änderung der Nutzungsart in Wald**  
**mit einer Größe von:** 9758 m<sup>2</sup>

#### Betroffen hiervon ist folgendes Grundstück

**Flur/e:** 31  
**Flurstück/e:** 51/1

Dieses Vorhaben fällt unter die im Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Anlage 1 unter Nr. 17.1 als „Erstaufforstung“ bezeichneten Vorhaben.

Gemäß § 7 des UVPG, ist in einer standortbezogenen bzw. allgemeinen Vorprüfung zu prüfen, ob die Vorhaben einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß §§ 6 bis 14 UVPG unterzogen werden müssen.

Nach Prüfung der Antragsunterlagen zu diesen Vorhaben einschließlich der geeigneten Angaben des Vorhabenträgers gemäß § 7 Abs. 4 des UVPG wurde entschieden, dass für das o. g. Vorhaben keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist, da erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen aufgrund der Größe, Merkmale und Wirkfaktoren der Maßnahme nicht zu erwarten sind.

Die wesentlichen Gründe für das Nicht-Bestehen der UVP-Pflicht nach § 5 Abs. 2 UVPG, mit Bezug auf die jeweils einschlägigen Kriterien nach Anlage 3, sind der nachstehenden Gesamteinschätzung zur allgemeinen Vorprüfung zu entnehmen:

Natura 2000 Gebiete/Naturschutzgebiete sind nicht betroffen.

Kein Landschaftschutzgebiet und keine geschützten Landschaftsteile.

Wasserschutzgebiet ist nicht betroffen.

Die Nutzungskriterien und Qualitätskriterien werden nicht beeinträchtigt.

Eine nachteilige Umweltauswirkung ist durch die Maßnahme nicht zu erwarten.

Kein Bodendenkmal.

Diese Entscheidung wird gemäß § 5 Abs. 2 des UVPG hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Im Auftrag

gez.

Lüder